

# Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung  
am Donnerstag, dem 19.03.2026

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 18:30 Uhr

- öffentlich -

Ende: 19:26 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsherr Jörg Bade

Ratsfrau Monika Drees

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

Ratsfrau Viktoria Heller

Ratsherr Harald Helling

Ratsherr Borchert Meyer

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Thorben Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Ratsfrau Antje Warnken

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Henrik Kroog

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter 2 Matthias Kwiseke

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiter 3 Sven Warns

Fachbereichsleiterin 1 Jutta Zander

Abwesend:

Mitglieder

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Jan Olof von Lübken

## Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
  - 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung
  - 1.2 der Beschlussfähigkeit
  - 1.3 der Tagesordnung
  
- 2 Feuchteschaden Kita: Weiteres Vorgehen nach Vorliegen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung: Sanierung oder Abriss und Neubau auf vorhandener Gründung; hier: Stellungnahme der Kommunalaufsicht zum Ratsbeschluss vom 30.10.2025  
Vorlage: FB 2/026/2025-04
  
- 3 Haushaltsberatung 2026
  - 3.1 Abstimmung über die Beratungs-/Veränderungsliste
  - 3.2 Abstimmung über die Restmittelübertragungen 2025 auf 2026
  - 3.3 Abstimmung über das Investitionsprogramm 2026
  
- 4 Wohnraumversorgungskonzept - 1. Fortschreibung Vorlage: FB 2/027/2024-1
  
- 5 Sachstand Grundschule
  
- 6 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren
  
- 7 Einwohnerfragestunde

## Öffentlicher Teil

### **1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung**

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Rosenhagen eröffnet um 18.30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

#### **1.1 der ordnungsgemäßen Einladung**

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist allen Ausschussmitgliedern fristgerecht zugegangen. Es werden keine Einwände erhoben.

#### **1.2 der Beschlussfähigkeit**

An der heutigen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung nehmen 17 Ratsmitglieder und ab 18.35 Uhr 18 Ratsmitglieder sowie Bürgermeisterin Winkelmann teil. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

#### **1.3 der Tagesordnung**

Die Tagesordnung (insgesamt 7 TOP's) ist den Ausschuss- und Ratsmitgliedern fristgerecht zugegangen. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung stimmt einstimmig der Tagesordnung in der vorliegenden Form zu.

Hinweis: Zum Zeitpunkt dieser Abstimmung (18.37 Uhr) sind 18 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend.

Damit ist die Tagesordnung einstimmig genehmigt worden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

## **2 Feuchteschaden Kita: Weiteres Vorgehen nach Vorliegen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung: Sanierung oder Abriss und Neubau auf vorhandener Gründung; hier: Stellungnahme der Kommunalaufsicht zum Ratsbeschluss vom 30.10.2025 Vorlage: FB 2/026/2025-04**

Bürgermeisterin Winkelmann stellt die vorliegende Sitzungsvorlage vor. Sie hebt hervor, dass die Gemeinde lt. der Haushaltssatzung bei Baumaßnahmen, die eine Wertgrenze von 250.000,00 € überschreiten, verpflichtet ist; ein Wirtschaftlichkeitsgutachten durchzuführen. Da in dem vorliegenden Fall Investitionen über 250.000,00 € vorliegen, wurde von der Verwaltung das „Institut für Public Management (ipm)“ mit einer entsprechenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtung beauftragt.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt, dass die Gemeinden in Niedersachsen nach § 110 Abs. 2 NKomVG dazu verpflichtet sind, eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung durchzuführen.

Sie führt aus, dass ipm seine Wirtschaftlichkeitsbegutachtung am 02.10.2025 in einer Sitzung des Ausschusses für Finanzen- und Gemeindeentwicklung vorgestellt und die Variante A1 (Sanierung) als wirtschaftlichste genannt hat.

Der Gemeinderat hat jedoch in einer Sitzung am 30.10.2025 die Variante A4 (Abriss der vorhandenen Kita und Neubau auf vorhandener Gründung beschlossen).

Da mit diesem Beschluss die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit aus Sicht der Bürgermeisterin verletzt wurden, hat diese die Kommunalaufsicht eingeschaltet.

Die Kommunalaufsicht widerspricht dem Ratsbeschluss vom 30.10.2025. Sie hat in ihrer Stellungnahme u.a. mitgeteilt, dass dem Ratsbeschluss vom 30.10.2025 die Begründung fehlt, auf die sich die Notwendigkeit eines Ersatzneubaus stützt. Die Stellungnahme der Kommunalaufsicht liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen.

Ratsherr Harald Schöne meldet sich zu Wort und erläutert, dass die Sitzungsvorlage mit der Stellungnahme der Kommunalaufsicht den Ausschussmitgliedern erst am 11.03.2026 zur Kenntnis gelangt ist. Er führt weiter aus, dass die Bürgermeisterin nach § 88 Abs.1 Satz 2 NKomVG Widerspruch gegen den Beschluss des Rates einlegen wollte und dass lt. der

vorliegenden Stellungnahme der Kommunalaufsicht dieser Einspruch erst am 26.01.2026 durchgeführt wurde. In § 88 NKomVG ist jedoch verzeichnet, dass der Einspruch unverzüglich zu erfolgen hat. Dies sei in diesem Falle nicht geschehen. Ratsherr Schöne äußert seine Verwunderung darüber, dass die Stellungnahme der Kommunalaufsicht erst am 11.03.2026 an die Ratsmitglieder versendet wurde. Lt. seiner Aussage hätte dies bereits zu einem früheren Zeitpunkt geschehen müssen.

Ratsherr Schöne führt weiterhin aus, dass er mit Herrn Bühnemann von der Kommunalaufsicht telefoniert und dabei angekündigt habe, dass noch Unterlagen von der „bunten Gruppe“ (Zusammenschluss von FDP, SPD, UWL und Grüne) an die Kommunalaufsicht gesendet würden.

Ratsherr Harald Schöne möchte, dass das Thema vertagt wird und am heutigen Tage nicht darüber abgestimmt wird.

Bürgermeisterin Winkelmann widerspricht diesen Aussagen und erklärt, dass sie noch keinen Einspruch nach § 88 Abs. 1 Satz 2 NKomVG eingelegt hat. Sie führt aus, dass sie seit November 2025 mit der Kommunalaufsicht in Kontakt steht und sich von dieser beraten lassen hat. Sie hat u.a. aufgrund der Haushaltsberatungen eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht eingeholt. Sie führt aus, dass wenn der Ratsbeschluss vom 30.10.2025 so umgesetzt wird, der Haushalt 2026 von der Kommunalaufsicht nicht komplett genehmigt werden wird und der Gemeinde auch Kredite versagt werden könnten.

Ratsherr Ammermann hat das Wort und teilt mit, dass er die von der CDU/NFL-Gruppe vertretene Position (Sanierung des Gebäudes) durch die Stellungnahme der Kommunalaufsicht gestärkt sieht. Er bittet darum, dieses Thema, auch zum Wohle der Eltern und Kinder, nicht zu vertagen und am heutigen Tage zu entscheiden. Er bekräftigt, dass er eine Verzögerung nicht für sinnvoll erachtet.

Ratsherr Harald Schöne führt aus, dass es nicht nur um wirtschaftliche Aspekte gehen kann. Die Sanierung des Bestandsgebäudes wäre lt. Ratsherr Schöne sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch aus gesundheitlichen Gründen (man könne nie wissen, ob die Sanierung vollumfänglich funktioniert) und rechtlicher Sicht nicht vertretbar. Vor dem Hintergrund der Verantwortung für die betreuten Kinder, den Beschäftigten sowie den rechtlichen Verpflichtungen der Gemeinde, ist ein Neubau auf vorhandener Gründung daher die einzig sinnvolle Variante.

Ratsherr Ruminski hat das Wort und erklärt, dass der Beschluss der Ratssitzung vom 30.10.2025 weiterhin Bestand hat. Dies begründet er damit, dass die Bürgermeisterin keinen Einspruch nach § 88 Abs 1 Satz 2 NKomVG eingelegt hat. Daher gibt es keine rechtliche Begründung den Beschluss aufzuheben und der Beschluss hat somit weiterhin Bestand. Ein Neubau der Kita ist s. E. auch u.a. vor dem Hintergrund von Gewährleistungsansprüchen, die einzig darstellbare Lösung. Ratsherr Ruminski führt darüber hinaus aus, dass sich auch die Beschäftigten der KITA für einen Neubau ausgesprochen haben.

Ratsherr Ruminski teilt als Fraktionsvorsitzender der SPD mit, dass seine Fraktion sich dem Antrag der FDP anschließen wird.

Bürgermeisterin Winkelmann unterstreicht, dass sie seit November 2025 mit Herrn Bühnemann von der Kommunalaufsicht im Austausch sei, und die Kommunalaufsicht alle Gutachten sowie allen anderen notwendigen Dokumente erhalten habe. Sie führt aus, dass die Kommunalaufsicht aufgrund des nicht vorhandenen Bedarfs keinen KITA-Neubau befürwortet, wenn z. B. die Kita um zwei Gruppen erweitert werden müsste, weil die Kinderzahlen gestiegen sind, dann wäre eine Notwendigkeit gegeben. Darüber hinaus weist Bürgermeisterin Winkelmann ausdrücklich darauf hin, dass bei dem für den Neubau höheren

Ansatz (derzeit 5,6 Millionen Euro ohne weitere Preissteigerungen) der Haushalt 2026 von der Kommunalaufsicht wahrscheinlich nicht genehmigt werden wird. Wenn man dem Gutachten gefolgt wäre, hätte die Sanierung bereits im Oktober 2025 starten können.

Ratsherr Bade hat das Wort und teilt mit, dass in dem vorliegenden Gutachten von Schimmel in der Einrichtung gesprochen wurde. Er behauptet, dass Maßnahmen gegen Schimmel aus dem aktuellen „UBA-Schimmelleitfaden vom Umweltbundesamt“ nicht berücksichtigt wurden. Diesem Leitfaden unterliegt auch die KITA. Bevor man saniert, muss man alle Restrisiken ausschalten und u.a. eine Gefährdungsbeurteilung durchführen. Dies sei in dem vorliegenden Gutachten nicht berücksichtigt worden.

Ratsherr Wohlers hat das Wort und unterstreicht, dass die UWL die Auffassung vertritt, dass das vorliegende Wirtschaftlichkeitsgutachten zu einem falschen Ergebnis gekommen ist. Nach Ansicht von Ratsherrn Wohlers sei ein Gutachten erstellt worden, dass ausschließlich der Verwaltung nütze.

Zu der Aussage von Ratsherr Wohlers ergreift Bürgermeisterin Winkelmann das Wort und widerspricht den Aussagen von Ratsherrn Wohlers. Sie führt aus, dass sie die Ratsmitglieder bei der Erstellung der Nutzwertanalyse etc. beteiligt habe.

Sie führt darüber hinaus aus, dass sie nicht grundsätzlich gegen einen Neubau der KITA sei, sie jedoch als Bürgermeisterin der Gemeinde Lemwerder die Finanzen der Gemeinde im Ganzen „im Blick“ haben muss und es eben rechtliche Vorgaben gibt, an die sich auch Ratsmitglieder zu halten hätten.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung beschließt mehrheitlich, dass das Thema Feuchteschaden Kita: Weiteres Vorgehen nach Vorliegen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung: Sanierung oder Abriss und Neubau auf vorhandener Gründung zur weiteren Beratung zurück in die Fraktion gegeben wird.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	10
Nein:	5
Enthaltung:	3

Damit wird das Thema fraktionsintern nochmal beraten werden.

## **3 Haushaltsberatung 2026**

Bürgermeisterin Winkelmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um Beratung und Abstimmung der nachstehenden Punkte.

Ratsherr Ruminski meldet sich zu Wort und teilt mit, dass er die unten aufgeführten und heute zur Beratung und Abstimmung stehenden Listen erst am gestrigen Abend erhalten habe und diese aufgrund von beruflichen Verpflichtungen noch nicht einsehen konnte.

Ratsherr Ruminski stellt daraufhin um 18.55 Uhr einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er führt aus, dass nach § 1 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften Unterlagen, welche für die jeweilige Sitzung von Relevanz sind, mindestens eine Woche vor der Sitzung den Ratsmitgliedern übersendet werden müssen. Dies ist in dem vorliegenden Fall nicht

geschehen und daher beantragt er, dass die unter TOP 3.1-3.3 zu beratenden Punkte in die Fraktionen zur weiteren Beratung gegeben werden.

Ratsherr Schröder meldet sich zu Wort und teilt mit, dass die UWL den Antrag von Ratsherr Ruminski unterstützt.

Ratsherr Ammermann hat das Wort und teilt mit, dass sich durch die am gestrigen Tage übersandten Unterlagen nicht viel am Beratungsgegenstand bezogen auf die bereits vorliegenden Unterlagen geändert habe und seiner Ansicht nach durchaus am heutigen Tage beraten werden könne. Es handelt sich bei den neu eingereichten Unterlagen lediglich um Zusammenfassungen, die nichts neues enthalten.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung beschließt mehrheitlich, dass die in der Tagesordnung aufgeführten Punkt 3.1 zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückgegeben werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	9
Nein:	7
Enthaltung:	2

Damit wird das Thema fraktionsintern nochmal beraten werden.

Bürgermeisterin Winkelmann hat das Wort und erklärt, dass der von der SPD-Fraktion eingebrachte Antrag zeige, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion nicht an einer zügigen Haushaltsberatung interessiert sind. Sie führt aus, dass sich auf der neuen Liste keine neuen Haushaltspositionen befinden und daher könne man aus ihrer Sicht auch mit der Liste, welche die Ratsmitglieder in der 11. KW 2026 erhalten haben, arbeiten.

Ratsherr Ruminski teilt nochmals mit, dass er keinen Einblick nehmen konnte und daher nicht bewerten konnte, ob es sich um denselben Inhalt wie in auf den Listen aus der 11. KW handelt. Die von der Verwaltung am gestrigen Tag eingereichte Prioritätenliste habe er noch nie gesehen und darüber hinaus habe er bis jetzt keinen Stand erhalten, ob die Haushaltsberatungen sich im ausgeglichenen oder defizitären Bereich bewegen.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass sich diese Zahl unten auf der neuen Liste befindet. Es sei doch der Wunsch der Politik gewesen, dass die Verwaltung alle bislang „gelb-markierten“ Maßnahmen, die nicht im ersten Entwurf enthalten sind, noch einmal in einer neuen Liste zusammenfassen und simulieren sollte, wie das voraussichtliche Defizit im Ergebnishaushalt sein könnte, wenn alle bislang nicht eingeplanten Maßnahmen in den Haushalt 2026 noch aufgenommen werden. Nichts anderes stelle diese neue Liste dar.

Ratsherr Schröder teilt mit, dass auch von seiner Seite her eine weitere Prüfung erforderlich ist und er einen weiteren Beratungsbedarf sieht.

### **3.1 Abstimmung über die Beratungs-/Veränderungsliste**

Dieser Punkt wurde zur weiteren Beratung zurück in die Fraktion gegeben.

### **3.2 Abstimmung über die Restmittelübertragungen 2025 auf 2026**

Der Vorsitzende Ratsherr Rosenhagen schlägt vor, dass über den Umgang mit den TOPs 3.2 und 3.3. en bloc abgestimmt werden soll. Dagegen ergeben sich keine Wortmeldungen. Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung beschließt mehrheitlich, dass die in der Tagesordnung aufgeführten Punkte 3.2 und 3.3. zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückgegeben werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	9
Nein:	7
Enthaltung:	2

Damit werden die TOPe 3.2 „Abstimmung über die Restmittelübertragungen 2025 auf 2026“ und TOP 3.3 „Abstimmung über das Investitionsprogramm 2026“ fraktionsintern nochmal beraten.

### **3.3 Abstimmung über das Investitionsprogramm 2026**

Der TOP wurde zurück in die Fraktionen gegeben. Vgl. TOP 3.2 Abstimmung über die Restmittelübertragungen 2025 auf 2026.

## **4 Wohnraumversorgungskonzept - 1. Fortschreibung**

**Vorlage: FB 2/027/2024-1**

Fachbereichsleiter Kwise erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, dass es seit dem Ratsbeschluss vom 20.06.2024 Überarbeitungen des Wohnraumversorgungskonzeptes durch den Landkreis gegeben habe. Für die Gemeinde Lemwerder ergeben sich hier nur marginale Veränderungen, so hat sich durch die erste Fortschreibung des Konzeptes der Bedarf an Mehrfamilienhäusern in der Gemeinde Lemwerder erhöht.

Kwise stellt **anhand eines dem Protokoll beigefügten Lageplans** die Flächen, welche in der ersten Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes betroffen sind, vor.

Er erläutert die Vorlage und möchte den Beschluss dahingehend erweitern, dass der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung und später der Rat nicht nur die Gebietseinteilung samt Verteilungsquote empfiehlt bzw. beschließt, sondern das Konzept offiziell „zur Kenntnis nimmt“. Damit wäre das Wohnraumversorgungskonzept aus Sicht der Förderstelle für die Kommune wirksam.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen.

Ratsfrau Rosenow meldet sich zu Wort und erkundigt sich, wofür das Wohnraumversorgungskonzept benötigt wird und was das Ziel dieses Konzeptes ist.

Fachbereichsleiter Kwise führt dazu aus, dass es durch die Wohnraumförderstelle beim LK Wesermarsch die Möglichkeit gibt, dass Investoren im Bereich Wohnungsbau sich zu den Themen: Neubau, Umbau und Kauf beraten lassen und Anträge auf Wohnraumförderung stellen können. Die Nbank prüft die Anträge und stellt die Mittel bereit, wenn eine Förderfähigkeit gegeben ist. Dies ist aber nur möglich, wenn der Gemeinderat die 1. Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes „beschließt“ oder „zur Kenntnis nimmt“.

Ratsherr Schwarz hat das Wort und teilt mit, dass er sich für das Wohnraumversorgungskonzept - 1. Fortschreibung ausspricht. Er erkundigt sich, ob in der Gemeinde Lemwerder bereits entsprechende Anträge bei der NBANK gestellt worden sind. Fachbereichsleiter Kwiske teilt mit, dass die Wohnungsbaugesellschaft Wesermarsch im Bereich der Niedersachsenstraße bereits Anträge gestellt hat.

Ratsherr Bade spricht sich ebenfalls für die Festlegung der Verteilung des Wohnbaus in Mehrfamilienhäusern in der vorliegenden Form aus und erläutert kurz das Konzept.

Ratsherr Wohlers hat das Wort und spricht sich auch für die Festlegung der Verteilung des Wohnbaus in Mehrfamilienhäusern in der vorliegenden Form aus.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen- und Gemeindeentwicklung nimmt das Wohnraumversorgungskonzept - 1. Fortschreibung zur Kenntnis und empfiehlt einstimmig die Festlegung der Verteilung des Wohnbaus in Mehrfamilienhäusern in der vorliegenden Form. Danach sind sechs Gebiete in der Gemeinde bezeichnet. Diese enthalten zugewiesene Quoten an Wohneinheiten. Davon sollen jeweils 65% barrierefrei sein.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist das Wohnraumversorgungskonzept - 1. Fortschreibung einstimmig zur Kenntnis genommen und dem Rat zum Beschluss empfohlen worden.

## **5 Sachstand Grundschule**

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass die Abfrage für die Mittagessenverpflegung und die Ferienbetreuung ausgewertet wird. Weitere Neuigkeiten sind seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 12.03.2026 nicht zu berichten.

Ratsfrau Heller hat das Wort und erkundigt sich, ob die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung bereits vorliegt, aus der hervorgeht, ob eine Gesamtvergabe an einen Generalunternehmer oder eine Einzelgewerkvergabe wirtschaftlicher ist.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass sie vorgeschlagen habe, dass die Lenkungsrunde am 13.04.2026 tagt und dann, die mit der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung beauftragte Firma „VBD-Beratungsgesellschaft für Behörden mbH“ erläutert, welche Gedanken sich im Vorfeld der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung seitens Rat und Verwaltung gemacht werden müssen, z. B. ob eine Finanzierung ebenfalls Teil einer späteren Ausschreibung sein sollte.

Ratsfrau Heller erkundigt sich, wie lange die „VBD-Beratungsgesellschaft für Behörden mbH“ für die Erstellung der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung benötigt.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass die VBD ca. 8 Wochen für die Erstellung des Wirtschaftlichkeitsgutachtens braucht.

Das hängt u.a. damit zusammen, dass die VBD im Vorfeld noch Daten zur Finanzierung benötigt.

Ratsfrau Heller erkundigt sich, ob die Ratsmitglieder während des Prozesses auf dem Laufenden gehalten werden.

Bürgermeisterin Winkelmann bestätigt dies.

## **6 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren**

Mitteilungen der Verwaltung werden nicht abgegeben.

### Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Ratsherr Harald Schöne erkundigt sich, ob die Preise für die Linie 450 „Deichläufer“ aufgrund der hohen Benzin- und Dieselpreise angepasst wurden. Wenn diese Anpassung noch nicht erfolgt sei, sollte man sie zeitnah durchführen.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass der Vertrag für die Linie 450 „Deichläufer“ beraten wurde. Seitens des Landkreises Wesermarsch wird eine neue Ausschreibung im Rahmen des Linienbündels Süd vorbereitet. Der aktuelle Vertrag hat noch eine Laufzeit bis zum 31.07.2028. In den Haushalt 2026 sind 30.000,00 € hierfür eingestellt worden.

Fachbereichsleiter Paack ergänzt, dass bei dem derzeit gültigen Vertrag eine Preisgleitklausel zum Finanzierungsbeitrag im Rahmen des Verkehrsvertrag zwischen dem Landkreis und dem Auftragnehmer gibt. Sollte es Anpassungen aufgrund der Treibstoffkosten ergeben, werden diese prozentual im Rahmen der Abrechnungen auf Anforderung des Landkreises beglichen. Nach den erfolgten Abrechnungen (12/2026), müsse geschaut werden, ob die Preise angehoben werden müssen.

Ratsherr Schöne teilt mit, dass er sich die unter Top 3.1 - 3.3 genannten Listen bereits ansehen konnte und erklärt, dass es nach jetzigem Stand ein Defizit von 700.000,00 € geben wird.

Bürgermeisterin Winkelmann gibt zu bedenken, dass in der von Ratsherr Harald Schöne genannten Zahl von 700.000,00 €, der Neubau der KITA auf vorhandener Gründung nicht enthalten ist, sondern nach wie vor der Betrag der Sanierung für die Kita in Höhe von 3.2 Mio. Euro eingeplant ist.

Weitere Anfragen und Anregungen ergeben sich nicht

## **7 Einwohnerfragestunde**

Seitens der anwesenden Einwohner\_innen ergeben sich folgende Fragen an Rat und/oder Verwaltung:

Eine Einwohnerin meldet sich zu Wort und teilt mit, dass sie bereits seit längerem Rats- und Ausschusssitzungen verfolge und auch am Donnerstag, 12.03.26 anwesend war. Sie führt aus, dass die Bürgermeisterin in der Sitzung des Finanz- und Gemeindeentwicklungsausschusses am 12.03.2026 mitgeteilt hat, dass die Bearbeitung der in TOP 3.1 - 3.3 genannten Punkte in den Haushalt und die sich daraus ergebende Fertigstellung der Listen binnen einer Woche nicht zu schaffen sei. Sie wies bereits in der Sitzung darauf hin, dass die Frist von einer Woche gemäß Geschäftsordnung somit nicht eingehalten werden könne, da die Einladung und die dazugehörigen Unterlagen bereits am gestrigen Tage für die Sitzung am 19.03.2026 verschickt wurden.

Die Einwohnerin fragt die Ratsmitglieder, warum sie der Verwaltung einen Auftrag erteilen, der nicht eingehalten werden kann und dann die Nicht-Einhaltung im Bewusstsein dessen heute kritisieren und die Punkte unter TOP 3 vertagen.

Ratsherr Ruminski teilt dazu mit, dass die Einladung zu den Sitzungen auf Anordnung der Bürgermeisterin erstellt wird. Von daher hätte die Bürgermeisterin diesen Tagesordnungspunkt vertagen müssen.

Die Schulleiterin der Grundschule Lemwerder hat das Wort und erkundigt sich, ob bereits bekannt sei, welche neuen Räumlichkeiten die Grundschule bekommt und wo die Mittagsessenverpflegung durchgeführt werden soll. Wenn für den Start der Ganztagschule noch Materialien besorgt werden müssen, dann müsse dies sehr zeitnah durchgeführt werden.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt dazu mit, dass die Haushaltsberatungen aufgrund der Vertagung des TOP 3 „Haushaltsberatung 2026“ am heutigen Tagen, mehr Zeit in Anspruch nehmen werden. Die Verwaltung werde nochmals auf die Schule zugehen und es werde keine Ausschreibung zum Mittagessen ohne die Beteiligung der Schule geben.

Zum Raum für die Mittagsverpflegung teilt Bürgermeisterin Winkelmann mit, dass dies noch nicht final geklärt sei. Die Verwaltung stehe hier im Kontakt mit dem Landkreis Wesermarsch, um eine gemeinsame Nutzung der Mensa von Gymnasium, Oberschule und Grundschule zu prüfen.

Für den Ganzttag können zusätzliche Räumlichkeiten in Gebäude 4 und 5 genutzt werden.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer